

Haushaltsrede zur Einbringung des Haushalts 2023

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

sehr geehrte Damen und Herren des Rates der Stadt Lüdinghausen,

sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer,

Kämmerer stehen ja gelegentlich im Verdacht, ausgesprochene Pessimisten und Schwarzmaler zu sein. Auch ich habe hier in den letzten Jahren nicht ausschließlich Zuversicht und Optimismus hinsichtlich der finanziellen Entwicklung der Stadt Lüdinghausen verbreitet. Einen Haushalt mit einem Defizit von über sechs Millionen Euro einbringen zu müssen, hätte ich mir aber vor einem Jahr noch nicht ausmalen können. Doch genau das ist nun Realität, bittere Realität.

Natürlich ist der Haushalt 2023 geprägt von den vielen Krisen, denen wir alle ausgesetzt sind und denen sich auch die öffentlichen, insbesondere kommunalen Haushalte nicht entziehen können: Inflation, steigende Zinsen, die notwendige Aufnahme von Flüchtlingen, hohe Energiekosten. Der schreckliche Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hinterlässt an vielen Stellen seine Spuren und sorgt für höchste Unsicherheit bei den Planungen für das kommende Jahr.

Mir ist aber wichtig zu betonen: Bei all diesen Herausforderungen ist der Haushalt 2023 kein Schreckensszenario, keine düstere Prognose. Er ist eine Auseinandersetzung mit neuen Realitäten und er ist eine entschiedene Antwort hierauf.

- Wir antworten mit einer klaren Priorisierung von Investitionen und setzen unsere Schwerpunkte weiterhin in den Bereichen Bildung, Sport und Stadtentwicklung
- Wir antworten mit einer konsequenten Umsetzung unseres Klimaschutz- und Mobilitätskonzeptes
- Wir antworten mit erheblichen Investitionen in die Funktionsfähigkeit unserer Feuerwehr
- Und nicht zuletzt antworten wir auch mit der Vermeidung von zusätzlichen finanziellen Belastungen für unsere Bürgerinnen und Bürger.

Um es klar zu sagen: Diese Antworten bringen unsere Haushaltssituation an die Schmerzgrenze. Ein Defizit von sechs Millionen Euro muss die Ausnahme bleiben. Ein Defizit von sechs Millionen Euro verlangt auch nach Antworten auf die Frage, wie der Haushalt der Stadt Lüdinghausen langfristig finanziell nachhaltig geführt werden kann.

Doch wie konkret setzt sich jetzt das genannte Haushaltsdefizit zusammen? Ein Blick in den Ergebnishaushalt zeigt, dass es beileibe nicht nur die Auswirkungen des Ukraine-Krieges sind, die zur Schieflage beitragen:

Auf der Ertragsseite müssen wir gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang der Schlüsselzuweisungen von über 3,6 Millionen Euro verkraften. Das ist die Folge der

Berechnungssystematik des kommunalen Finanzausgleichs in NRW. Unsere unerwartet hohen Steuereinnahmen in der Vergangenheit – im Wesentlichen Gewerbesteuer und Anteil an der Einkommensteuer – führen nun zu einem Einbruch der Schlüsselzuweisungen zum wirklich ungünstigsten Zeitpunkt, den man sich vorstellen kann.

Die Schlüsselzuweisungen 2023 stehen bereits heute fest – im Gegensatz zu vielen anderen Ertragspositionen. Insbesondere die vom Volumen her am wichtigsten Steuerarten – Gewerbesteuer und Anteil an der Einkommenssteuer – lassen sich immer nur abschätzen. Diese Schätzung wird nunmehr zu einem Blick in die Glaskugel. Für Deutschland wird eine Phase der wirtschaftlichen Rezession prognostiziert. Gleichwohl haben wir bei der Gewerbesteuer mit einem Ansatz von 14,8 Millionen Euro eine vorsichtig optimistische Prognose gewählt, obwohl das aktuelle Vorauszahlungssoll deutlich niedriger liegt. Die Unternehmen in Lüdinghausen haben sich in den Corona-Jahren als ausgesprochen krisenfest gezeigt und lassen uns hoffen, dass sie auch die aktuellen Herausforderungen meistern werden.

Die eingeplanten Anteile an der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer – zusammen fast 16,9 Millionen Euro – beruhen auf den Daten der letzten Steuerschätzung. Die Steuerentlastungspakete des Bundes bei der Einkommensteuer wirken sich jedoch ertragsmindernd aus.

Bei der Grundsteuer B kalkulieren wir weiter nach dem seit 2012 unveränderten Hebesatz von 460 Prozent. Mit dem neuen Gemeindefinanzierungsgesetz 2023 hat das Land NRW den sogenannten fiktiven Hebesatz nochmals angehoben. Er beträgt bei der Grundsteuer B nunmehr 493 Prozent. Was heißt das? Bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen werden mehr Grundsteuern angerechnet, als wir tatsächlich erheben. Wir werden reicher gestellt, als wir eigentlich sind und werden mit geringeren Schlüsselzuweisungen bestraft. Eine Situation, die nur wir selbst verändern können.

Zuletzt sorgt auch die geringere Gewinnabführung vom Abwasserwerk – Minus 376.000 Euro gegenüber der Planung 2022 – für eine weitere Belastung der Ertragssituation.

Unterm Strich weisen die Erträge im Ergebnishaushalt gegenüber dem Vorjahr dennoch ein Plus von fast 3,7 Millionen Euro aus. Angesichts des Einbruchs bei den Schlüsselzuweisungen ein zunächst überraschend guter Wert. Wie ist das möglich?

Es sind die Grundverkaufserlöse insbesondere aus den Baugebieten Eickholter Busch und Hinterm Hagen, die mit geplanten Erträgen von rd. 5,5 Millionen Euro am Ende dazu beitragen, dass dieser Haushalt nicht völlig aus den Fugen gerät.

Das Zwischenfazit nach dem Blick auf die Ertragssituation: Der Rückgang der Schlüsselzuweisungen trägt wesentlich zum defizitären Haushalt bei, lässt sich jedoch auf Steuernehreinnahmen zurückführen; Steuernehreinnahmen, mit denen wir letztlich die Ausgleichsrücklage rechnerisch gestärkt haben.

Im Übrigen ist der Haushalt wie immer stark – in meiner Bewertung zu stark – abhängig von der Entwicklung der Gewerbesteuer und Gewinnen aus Grundstücksverkäufen.

Nun der Blick auf unsere Aufwendungen: Diese steigen im Vergleich zu 2022 um über 5,8 Millionen Euro.

Bereits unser Personaletat sieht Mehrausgaben von rd. einer Million Euro vor, trotz eines Stellenplans, der lediglich 1,76 neue Stellen vorsieht. Die Mehraufwendungen sind überwiegend mit tariflichen Steigerungen zu begründen. Insbesondere die Forderung der Gewerkschaft nach einer tariflichen Erhöhung von 10,5 Prozent ab April 2023 stellt dabei noch ein erhebliches Risiko für weitaus höhere Personalausgaben dar. Für den Haushalt kalkuliert haben wir lediglich 3,5 Prozent.

Bei den ebenfalls steigenden Kosten für Sach- und Dienstleistungen – 1,6 Mio. Euro mehr als 2022 – machen sich insbesondere die eingangs erwähnten Krisensituationen bemerkbar. Die Inflation macht auch für Kommunen fast alles wesentlich teurer, dazu sorgen die Verwerfungen auf den Energiemärkten für exorbitant steigende Kosten für Strom und Gas.

Meine Damen, meine Herren, keine Haushaltsrede ohne Kreisumlage. Erstmals müssen wir über 20 Millionen an den Landrat überweisen. Eine Million Euro mehr als im Vorjahr sind eingeplant. Die zuletzt im Kreistag beschlossene Senkung des Hebesatzes zugunsten der Kommunen wird noch eine Entlastung bringen. Gleichwohl: Für die Zukunft müssen wir uns auf noch höhere Belastungen einstellen. Zum Schutz des Landrats: Er muss rd. zwei Drittel der Kreisumlage wiederum als Landschaftsumlage an den LWL überweisen. Die im dortigen Haushalt dynamisch steigenden Sozialleistungen werden auf Dauer ohne Hilfe nicht mehr von der kommunalen Gemeinschaft geschultert werden können.

Apropos Hilfe – es gibt sie. Verbesserungen im Ergebnishaushalt erwarte ich noch von der Strom- und Gaspreisbremse, die hoffentlich morgen den Bundesrat passieren wird. Nachdem dies lange unklar war, können wir heute davon ausgehen, dass auch Kommunen hiervon profitieren werden. Zudem sind noch Entlastungen zu erwarten durch zusätzliche flüchtlingsbedingte Bundesmittel, deren Weiterleitung durch das Land NRW aber noch offen ist. In beiden Fällen hoffen wir, Ihnen zu den Haushaltsplanberatungen aktuelle Zahlen vorlegen zu können.

Keine Hilfe ist dagegen die Vorgabe des Landes NRW, kriegsbedingte Mehraufwendungen im Haushalt als außerordentlichen Ertrag auszuweisen. Der Haushalt sieht hier einen Betrag von gut zwei Millionen Euro vor und hübscht das tatsächliche Defizit von 6.078.000 Euro auf 4.035.000 Euro auf. Sie kennen meine Meinung: Ich lehne dieses bereits bei den Coronafolgen genutzte Instrument ab, weil es Belastungen nur in die Zukunft verschiebt.

Zuletzt ein Blick in den Finanzhaushalt:

Hier sehen wir die Fortsetzung unseres anspruchsvollen Investitionsprogramms der letzten Jahre. Das Volumen im Bereich der Baumaßnahmen geht dabei zurück. Das zeigt, dass wir ein Stück „über den Berg“ sind: Die Drei-Burgen-Arena ist fertiggestellt, der Neubau der Ludgerischule ist bald geschafft und an der Sekundarschule haben wir nach der neuen Sporthalle vier von sieben Bauabschnitten erfolgreich bewältigt. Mit dem Neubau der Umkleide am Stadion Westfalenring, der Erweiterung der Feuerwache in Seppenrade, der Anschaffung eines Löschgruppenfahrzeuges sowie verschiedenen Straßenausbaumaßnahmen stehen aber bereits die nächsten Projekte an. 2023 werden wir

zudem nutzen, um die baulichen Erweiterungsbedarfe für G9 und die Ganztagsbetreuung in den Grundschulen zu klären. Perspektivisch wird der Investitionsbedarf also bereits ohne das Thema Hallenbad hoch bleiben.

Die schon erwähnten Grundverkaufserlöse tragen auch im Finanzhaushalt ganz entscheidend dazu bei, dass 2023 noch kein Liquiditätseinbruch erfolgt und wir mit einer Kreditermächtigung von lediglich 1.570.000 Euro kalkulieren können. Doch schon 2024 müssen wir rechnerisch Liquiditätskredite von über sieben Millionen Euro einplanen.

Ja, sie hören richtig. Ohne Gegensteuern werden wir quasi unser Konto überziehen müssen, um die laufenden Ausgaben noch bezahlen zu können. Auch das ist Teil der neuen Realität, da hilft uns auch keine Ausgleichsrücklage.

Soweit der kurze Einblick in den Ergebnis- und Finanzhaushalt.

Wie eingangs erwähnt, enthält der Haushalt 2023 zunächst keine weiteren Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger, insbesondere sieht der hier vorgelegte Haushaltsentwurf keine Anhebung der Grundsteuern vor.

Im kommenden Jahr die kommunalen Steuern nicht zu erhöhen ist eine Reaktion auf die absehbaren, aber in ihrer Dimension doch ungewissen finanziellen Belastungen weiter Teile unserer Bürgerschaft. Eine Reaktion, die ich ausdrücklich mittrage.

Ich sage aber auch: Eine Reaktion ist noch keine Strategie, eine Reaktion ist kein Konzept. Der aktuelle Verzicht auf Steuererhöhungen mag für die Abgabepflichtigen eine kleine Entlastung darstellen – er ist aber eben keine Lösung für die finanzielle Schieflage des Haushaltes der Stadt Lüdinghausen.

Politik und Verwaltung bleiben insofern gefordert, hier die notwendigen Entscheidungen zu treffen. Die in unserer Finanzsteuerungskommission begonnene Diskussion kann und muss daher wiederaufgenommen werden. Sie sollte dabei auch die anstehende Finanzierung eines Neubaus oder der Sanierung des Hallenbades in den Blick nehmen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

es sind wahrlich keine guten Zahlen, die ich Ihnen heute präsentieren muss. Vielleicht fragen Sie sich jetzt, wie es angesichts Haushaltsdefizit, sinkender Liquidität und einem vielfältigen Krisenmix weitergehen soll.

Ich könnte mit Mark Twain antworten, der einmal sagte: „Von jetzt an werde ich nur so viel ausgeben, wie ich einnehme, selbst wenn ich mir dafür Geld borgen muss.“

Wenn Sie sich nicht mit dieser Antwort begnügen möchten, werden Sie die ein oder andere unpopuläre Entscheidung treffen müssen. Die gute Nachricht: Die nunmehr beginnenden Haushaltsplanberatungen werden erste Gelegenheiten dazu bieten.

Sehr geehrte Stadtverordnete, Bürgermeister Mertens und ich legen Ihnen heute einen ehrlichen Haushalt vor, an dessen Entstehung wieder weite Teile der Verwaltung mitgewirkt

haben. Mein Dank daher an alle Beteiligten für ihren großen Einsatz in diesen schwierigen Zeiten.

Bei Ihnen, liebe Stadtverordnete, bedanke ich mich fürs Zuhören und freue mich auf konstruktive Haushaltsplanberatungen.

Vielen Dank.

Lüdinghausen, 15. Dezember 2022

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Heitkamp', with a long, wavy horizontal line extending to the right.

Armin Heitkamp, Kämmerer